

DER BUNDESMINISTER
FÜR JUSTIZ
7052/l-Pr 1/87

II-2712 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

1115/AB

1987-12-22

zu 1107/J

W i e n

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

zur Zahl 1107/J-NR/1987

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Gugerbauer, Dr. Haider, Dr. Stix, Dr. Frischenschlager (1107/J), betreffend Schaffung eines Lehrstuhls für "Europarecht" an juridischen Fakultäten, beantworte ich wie folgt:

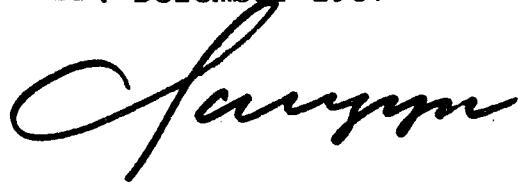
Durch sich ständig verstärkende internationale Beziehungen vor allem im Wirtschaftsleben wird der österreichische Jurist immer öfter mit dem Recht anderer Staaten und mit multilateralen Übereinkommen konfrontiert. Bereits heute ist für viele Wirtschaftsjuristen die Arbeit mit anderen Rechtsordnungen an der Tagesordnung, auch Richter und Rechtsanwälte müssen sich im steigenden Maß mit internationalen Übereinkommen auseinandersetzen. Die um die Rechtsvereinheitlichung bemühten internationalen Organisationen, wie UNCITRAL, UNIDROIT und der Europarat, erarbeiten laufend weitere Übereinkommen, sodaß immer mehr Rechtsgebiete bei Auslandsberührung nicht nach dem nationalen Recht des einen oder anderen Staates, sondern nach dem Recht eines multilateralen Übereinkommens zu beurteilen sind.

Für Österreich ist natürlich mit der angestrebten Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften ein besonderer "Entwicklungsschub" in diese Richtung zu erwarten. Daß Österreichs Juristen darauf vorbereitet sind, muß auch dem Justizminister im Interesse der Rechtskultur ein besonderes Anliegen sein.

- 2 -

Die Beantwortung der Frage, in welcher Weise diesem Anliegen gegenwärtig im Rahmen der juristischen Studienordnung und der Universitätsorganisation am besten entsprochen werden sollte, fällt nicht in die Zuständigkeit des Bundesministers für Justiz. Ich darf jedoch in diesem Zusammenhang auf den Selbständigen Antrag der Abgeordneten zum Nationalrat Dipl. Vw.Dr. Stix, Dr. Kohl, Dr. Müller und Genossen vom 27.11.1987, 134/A, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften 1978 geändert wird, hinweisen. Nach diesem Gesetzesvorschlag soll - aus den in der vorliegenden Anfrage angeführten Erwägungen - die Möglichkeit geschaffen werden, auch im Fach Europarecht eine Diplomarbeit zu schreiben.

21. Dezember 1987

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Sawyer".